Zeitschrift: Die Vorkämpferin : verficht die Interessen der arbeitenden Frauen Herausgeber: Frauenkommission der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz

Band: 12 (1917)

Heft: 6

Artikel: Die Militärfrage

Autor: [s.n.]

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-351337

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

kann, sie erträgt keine Einschränkung. Schon früher haben wir auf das Beispiel von Deutschland hingewiesen und tun es heute wieder durch die Aufnahme des nachfolgenden Artikels aus der letzten Rummer der "Gleichheit" über die Stellung der Frauen in der unabhängigen sozialdemokratischen Partei Deutschlands, dessen Ausführungen auch für unsere schweizerischen Verhältnisse durchaus maßgebend sind. R. B.

Die Frauen in der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutsch= lands.

Die Frage nach der Stellung und den Rechten der Genossinnen in der Organisation der geeinigten Opposition hat die Gothaer Konferenz beschäftigt. Die allgemeine Grundlage dafür — wie für die Organisation überhaupt — ist nach den zur Annahme gelangten "Grundlinien" das Organisationsstatut der Sozialdemokratischen Partei. Die "Grundlinien" setzen jedoch hinzu: "Die Parteigenossen sind verpflichtet, es in demokratischem Geiste anzuwenden, und besonders danach zu trachten, allen wichtigen Entscheidungen eine demokratische Grundlage zu geben." Sache der Genoffinnen muß es fein, dafür zu sorgen, daß diese Erklärung betreffs ihres eigenen Rechtes zu demokratischer Mitwirkung und Mitverantwortlichkeit kein toter Buchstabe bleibt. Es deckt sich mit den Bestimmungen des Organisationsstatuts, wenn die "Organisationsgrundlinien" der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei festlegen, daß dem mit der Zentralleitung betrauten "Aktionskomitee", ebenso der Bezirks-leitung eine Genossin angehören muß.

Mit einer Bestimmung sind die "Grundlinien" erheblich über das alte Statut hinausgegangen. Sie setzt einen "Die Reichs-Frauenausschuß ein. Mitglieder der Bezirksleitungen werden als Frauen-Reichsausschuß nach Bedarf zusammenberufen, um die Magnahmen zur Förderung der Frauenbewegung zu beraten und anzuregen. Die Einberufung muß erfolgen, wenn ein Drittel der Mitglieder sie beantragt." Die Neuerung entspricht dem "Kompromißantrag", der von elf weiblichen Delegierten eingebracht wurde, da geringe Aussicht bestand, daß der weitergehende Antrag des zweiten Berliner Wahlfreises die Zustimmung der Konferenz finden würde. Dieser Antrag besagte: "Der Frauen-Reichsausschuß hat die Agitation unter dem weiblichen Proletariat zu betreiben. Die Genoffinnen jedes Agitationsbezirkes wählen je eine Genossin in den Frauen-Reichsausschuß, der nach Bedarf zusammentritt. Der Frauen-Reichsausschuß wählt aus seiner Mitte eine Genossin, die die laufenden Arbeiten zu erledigen und in Berbindung mit den anderen Mitgliedern des Frauen-Reichsausschuffes die Zusammenkünfte vorzubereiten hat. Die Vertreterin der Genoffinnen im Aftionskomitee hat im Frauen-Reichsausschuß beratende Stimme." Der Berliner Vorschlag sah also für den Ausschuß sowohl eine breitere demokratische Grundlage vor wie auch ein selbständigeres Wirken.

Zu seiner Begründung, wie zu den zwei anderen Anträgen, daß den Bezirksleitungen und dem Aktionskomitee mindestens eine Genossin angehören müsse, führte Genossin Burm aus: "Die Parteigenossinnen müssen überall mehr für die Sache des Sozialismus, für das Leben und die Aufgaben der Partei interessiert werden. Deshalb ist die Sinsehung eines Frauen-Reichsausschussen notwendig. Schon die Wahl ihrer Bertreterinnen zum Ausschuß erweckt ihr Interesse. Sie müssen sich mit den Einrichtungen und ihren Aufgaben beschäftigen, müssen sich darüber aussprechen, müssen erschen, müssen als internationale Sekretärin der sozialistischen Frauen die Schaffung eines Frauen-Reichsausschusses nicht bloß für sehr nützlich, sondern für dringend nötig. Nots

wendig ist auch die Sicherung eines wirklich demokratischen Minderheitsrechts, kraft dessen Genossinnen in alle Stellen der Parteiverwaltung kommen.

Der Kompromißantrag wurde, wie die Forderung der Frauenorganisation überhaupt, von Genossin Ziet folgendermaßen begründet: "Ich bin stolz und beglückt, daß die Frauen zur Opposition gehören. Die Belohnung dafür ist mir durch den Hinauswurf geworden. Ich habe die Hoffnung, daß die Forderungen der Frauen jetzt anders bewertet werden als in der alten Partei: denn immer und immer wieder sind meine Anträge im Parteivorstand aufgeschoben und abgelehnt worden. Als ich noch kurz vor dem Hinauswurf eine Agitation durch Herausgabe meiner kleinen Schrift anregte, da fand in drei Wochen keine Sitzung statt, die dazu Stellung nahm. Als ich eine Agitation für die "Gleichheit" anregte, wurde diese abgelehnt mit der Begründung, so lange die "Gleichheit" keine andere Haltung einnimmt als die jetige, wünschen wir keine Agitaton. Es wurde die Aufforderung an mich gestellt, Genossin Zetkin zuzureden, daß die "Gleichheit" eine andere Haltung einnehme, jeder Abonnent, der der "Gleichheit" verloren gehe, sei ein Gewinn. Ja, für die Partei allerdings! Deshalb wurden auch alle Anträge auf Frauenkonferenzen, Bezirkskonferenzen und Reichskonferenzen abgeschlagen. In der neuen Partei muß man anders handeln. Es find schon allein Zweckmäßigkeitsgründe, die dazu zwingen. Die Hineinbeziehung der Frauen in den Produktionsprozeß hat unserm ganzen Wirtschaftsleben seinen Stempel aufgedrückt. Der Bereich der Frauen hat sich geweitet und sie der Arbeiterbewegung zugänglich gemacht. Unfere Pflicht ift es, fie zur weitgehenden Mitarbeit zuzulassen. Viele Frauen, die bis jetzt noch in der alten Partei organisiert sind, warten nur darauf, aufgerufen zu werden."

In diesem Sinne um des lebendigen, vorwärtsdrängenden Geistes willen, der auf der Gothaer Tagung zum Ausdruck gelangte, können die Genossinnen vorderhand mit den Fortschritten zufrieden sein, die die Konferenz für ihre Stellung und Bewegungsfreiheit gebracht hat. Die grö= Bere Selbständigkeit und Bewegungsfreiheit der Genoffinnen im Rahmen der neuen Organisation kann außer den hervorgehobenen guten Wirkungen noch eine sehr wichtige Folge herbeiführen. Sie ermöglicht es, daß alle Genossinnen, ohne Unterschied der Richtung, sich zu gemeinsamen Aktionen für Frauenrecht und Frauenschutz zusammenfinden. Bei Getrenntmarschieren läßt sich ein Vereintschlagen verwirklichen. Sie dürfen nicht nach oben schauend hoffen und harren, sie müssen denken, fordern, handeln. Selbst ist nicht nur der Mann, selbst muß auch die ("Gleichheit.") Frau sein.

Die Militärfrage.

"Wir sind doch keine Wiederkäuer, daß man uns in jeder Nummer der "Borkämpserin" die gleiche Frage wieder und wieder zur Berdauung vorlegt," mögen vielleicht die einen oder andern sagen, die da meinen, weil sie eine Lösung gefunden haben, sie müsse nun unbedingt auch für alle andern die absolut richtige und einzige, unumstößliche Lösung geworden sein.

Wir müssen damit rechnen, daß schon oft und in reicher Anzahl Lösungen und Losungen gerade in. dieser Frage ausgegeben wurden von unserer Partei, die wieder redidiert wurden. Man muß sich daher nicht wundern, wenn von der einen oder andern Seite Zweisel und Bedenken aufsteigen, ob die nun von dem Parteiporstand mit Mehrheit empsohlenen die wirklich besten und richtigsten seien. Sauptsächlich für jene, die keine Lust und vor allem auch keine Zeit und keine Möglichkeit haben, sich einigend mit theoretischen Auseinandersetzungen zu besassen, für die scheint es oft schwer, sich in dem Labyrinth von Anträgen zurechtzussinden. Entweder geben sie sich mit der kürzesten und scheindar klarsten Lösung und Losung zufrieden, ohne sich über

die daraus refultierenden Folgen für die Partei in ihrer ganzen Tragweite klar zu werden oder sie überlassen es im blinden Vertrauen diesen oder jenen Parteiführern, die ihnen aus dem einen oder andern Grunde sympathisch sind, für sie zu denken und das Beste herauszusuchen; sie geben dann rein gefühlsmäßig, ohne ihr Hirn besonders anzustrengen, ihre Stimme dieser oder jener Person und nicht. um der Sache willen, ab. Darum spielten ja leider in der ganzen Diskuffion sehr oft rein persönliche Angriffe und rein perfönliches Aufs-Schilderheben eine große Rolle. Richt Personen-, sondern Sachfragen sollen bei uns erörtert wer-Nicht weil dieser oder jener Funktionär oder diese oder jene Parteigröße auf einem bestimmten Standpunkt, auf einer bestimmten Stufe der Entwicklung steht, müffen wir uns auch auf diesen begeben, sondern ausschlaggebend sollte unser proletarisches Empfinden, geläutert durch unsere jozialistische Erkenntnis, sein.

Run haben die Welschen, die sozialdemokratische Partei des Kantons Neuenburg, die Parole ausgegeben: "Reinen Mann und keinen Groschen für den Militarismus." sozialdemokratische Jugendorganisation stellte Ostern 1916 die Forderung auf "Entwaffnung" und dann in der Folge Demobilisation und Dienstverweigerung; auf der andern Seite riefen die Anhänger der Vaterlandsverteidigung: Was, ihr wollt in der Stunde der Gefahr das Vaterland, unsere Demokratie, wehrlos machen? Die soziademokratische Jugendorganisation ließ dann bald ihre Forderung der Entwaffnung fallen und erklärte, es sei eine vorübergehende Krankheitserscheinung gewesen, wenn sie jeden, der nicht jofort darauf geschworen, als Berräter am Sozialismus erklärte; auch von der Dienstwerweigerung wollten sie nichts mehr wissen; der Sekretär der sozialdemokratischen Jugendorganisation hatte im "Bolksrecht" eine Aublikation erlassen, in der er des entschiedensten dagegen protestiert, daß er je für die Dienstverweigerung Propaganda gemacht habe. Man wird es jenen nicht verargen können, die solchen Losungen gegenüber in Zukunft etwas mißtrauisch gegenüberstehen und nicht sofort darauf hineinfallen.

Was würde nun aber die Annahme der Parole der Neuenburger durch die Partei bedeuten? Auf den ersten Blick mag sie verblüffen und als die radikalste und klarste Lösung erscheinen. Die Folgen: Hießen sie Dienstverweige= rung oder Demobilisation? Müßten auch alle Arbeiter, die in irgend einer Beziehung zum Militär stehen, ihren Dienst künden, ebenso alle Arbeiterinnen? Die Munitionsarbeiter und Axbeiterinnen, die Militärschneider und Schneiderinnen und schließlich auch die, die das Militär mit andern Bedarfsartikeln und Lebensmitteln versehen, auch alle die Frauen, die in Abwesenheit ihrer Männer für die Aufrechterhaltung von Ordnung und für die Ernährung der Familie sorgen? Dürften für die Wehrmannsunterstützungen, die Frauen und Kinder der unbemittelten Wehrmänner auch keine Groschen mehr ausgegeben werden? Müßten die kranken Soldaten in den schlechtesten, ungesundesten Lokalen untergebracht und würde ihrem Zustand keine Rechnung getragen werden? So klar ist also die Losung der Neuenburger nicht; denn einer ihrer besten und eifrigsten Vertreter im Nationalrat, Genosse Graber, hatte doch die Forderung der Erhöhung der militärischen Notunterstützung verlangt und die Partei hat ihn unterstützt; es würde kaum verstanden von der Arbeiterschaft, wenn fünftig all das von der Partei negiert würde; denn wir müssen uns mit jedem Beschluß nach dem Endziel orientieren: Was uns diesem näher bringt, das unterstützen, was uns von ihm entfernt, bekämpfen. Kriegskredite und Militärkredite müffen aus diesem Grunde abgelehnt werden und ein Burgfriede mit der Regierung der herrschenden Klasse kann nicht eingegangen werden, das Proletariat darf auf den Klassenkampf nicht verzichten. Die Aktionen aber wie Dienstverweigerung, Demobilisation, Militärstreiks werden durch das vorhandene Kräfteverhältnis der Partei bestimmt. Die geistige Vorbereitung durch Propaganda kann sie aber heute schon treffen. Wann aber diese Mittel angewendet werden, das ist eine Frage der Taktik.

Die Anhänger der Vaterlandsberteidigung freilich kommen und lachen: "D je, diese Antimilitaristen, die da die Vaterlandsverteidigung ablehnen wollen, die sind eigentlich gar nicht so revolutionär, wie sie sich gebärden, sie sind absolut nicht zu fürchten; denn ihre Ablehnung ist vorläusig nur graue Theoriel" und dabei wagen sie sogar zu behaupten, das habe mit dem Sozialismus gar nichts zu tun. Als ob nicht auch der wissenschaftliche Sozialismus vorerst auch nur Theorie wäre, als ob wir nicht immer zuerst ein gemeinsames Prinzip aufstellen müßten, das erst in der Zukunst verwirklicht werden kann.

Es ist eine Selbstverständlickkeit, daß der Sozialismus nicht in einem Lande allein verwirklicht werden kann, weil die wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Beziehungen aller Länder sehr eng miteinander verknüpft sind. Das zeigt uns am deutlichsten der seinem Wesen nach im= perialistische Weltkrieg. Grundlage des Sozialismus ist die Verbrüderung der Proletarier aller Länder. Das gilt nun auch für die Abwehrmittel gegen den Krieg. Auch hier muß die internationale Lage des Proletariats in Betracht gezogen werden. Es sollte jedem einleuchten, daß im Rampf gegen den Krieg und die Kriegsgefahr nicht nur ein Teil, nicht nur die Sozialdemokraten eines Landes, kampfbereit und entschlossen sein müssen, alles dranzusetzen, um den Ausbruch zu verhindern oder für die sofortige Beendigung zu wirken, sondern daß die Entschloffenheit und der Wille der Proletarier aller beteiligten Länder in Erwägung gezogen werden muß. Am deutlichsten beweist das die russische Revolution. So anerkennenswert und wertvoll die Folgen für Außland selbst sind, wirklich befreiend und für Beendigung des Krieges werden erst die nachfolgenden Revolutionen in den andern Ländern zusammen wirken. Folgen sie nicht, verharren die andern Völker in starrer Resignation bis zum letzten Todesringen, dann fielen auch die Opfer der russischen Revolution umsonst. Nicht die Parteifunktionäre, die Delegierten sollen irgendwo zusammenkommen und beschließen, an dem und dem Tag beginnt um die und die Stunde die Revolution, sondern umgekehrt, die Parteien haben zu der nun wichtigsten Frage der Zustimmung oder Ablehnung der Vaterlandsverteidigung und der Verschärfung des Klaffenkampfes Stellung zu nehmen. Nicht abzuwarten gilt es, bis die neue Internationale nach dem Krieg den Sektionen "den Kampf gegen Krieg und Militarismus in allgemeiner, für alle ihr angeschlofsenen Parteien und Organisationen verbindlicher Weise festsett, sondern der Kampf der Sektionen, der entschiedene Wille und die Entschlossenheit der Sektionen muß für die neue Internationale Richtschnur und Wegweiser sein, nicht von oben soll das Kommando kommen, sondern umgekehrt, die der neuen Internationale angeschlossenen Parteien bringen dieser den Gesamtwillen zur Kenntnis. Gewiß wird die gegenseitige Rücksichtnahme, die Wahl der Kampfmittel beeinflussen, die Einheitlichkeit der Aktion, ihre Gemein-samkeit und die Internationalität stärken. Nur wenn die Mittel zum entschlossenen äußersten Widerstand der Arbeiterklasse gegen die Beteiligung des Landes an jedem Kriege von dem vorhandenen Kräfteverhältnis und international aus der historisch gegebenen Situation durch die Partei entschieden werden, kann eine unnütze Verschwendung der Rräfte vermieden werden.

So ift bis heute der Kampf auch national und in den Gewerkschaften geführt worden. Es wäre zum Beispiel der herrschenden Klasse sehr angenehm gewesen, wenn die Arbeiterschaft samt Frauen und Kindern am 3. September 1916 oder am 1. Wai 1917 den scharfen Kampf aufgenommen, sich vor die Gewehrläufe gestellt hätte. Alle einsichtigen Genossen hätten die historisch gegebene Situation in Berechnung gezogen und erwogen, daß, wenn Opfer fallen, dann doch die Forderung und der Erfolg dementsprechend sein müßten. Auch vor dem Eintritt in Wahlkämpse wird

die Situation abgewogen und im gewerkschaftlichen Kampf erst recht. Keine Gewerkschaft wird bei flauem Geschäftsgang in eine Lohnbewegung eintreten, oder wenn sie erst wenig Mitglieder und wenig Mittel hat, einen Streik durchführen wollen.

Die Hauptsache ist und bleibt, daß man sich über die Mittel klar werde; aber daß nicht ein paar Führer und nicht nur ein paar Sekretäre über die Mittel entscheiden, sondern die Wasse selbst, die dann die Berantwortung und die Folgen auf sich zu nehmen hat.

Der Militarismus tritt uns überall auf Schritt und Tritt entgegen, und deshalb sollen nicht nur die sozialdemofratischen Vertreter im Nationalrat die Mittel zur Landesverteidigung ablehnen und gegen die militärischen Forderungen stimmen, sondern auch in Schule und im Elternhaus muß der Kampf gegen den Militarismus aufgenommen werden; überall im wirtschaftlichen und politischen Kampf müssen die Massen diesen Kampf führen. Erst dann, wenn jeder Parteigenosse und jede Parteigenossin solche Fragen ganz durchstudiert, ganz durchdenkt in allen Einzelheiten und allen Konsequenzen, dann werden sie erkennen, daß auch der Kampf gegen den Militarismus und Krieg ein Teil des allgemeinen Klassenkampfes ist, den jeder und jede nicht nur in diesem, sondern in jedem Lande zu führen. bereit und gewillt fein muß. Erst wenn jeder klaffenbewußte Arbeiter und jede Arbeiterin, die erfüllt von Zusammengehörigkeitsgefühl mit den Arbeitsbrüdern und -schwestern aller Nationen, unbekümmert um Herkunft und Geschlecht, sich durchringt zur klaren Erkenntnis, die zur entschlossenen Tat drängt, erft dann kann von ein heitlichen Maffenaktionen die Rede sein.

Der Zweck dieser kleinen Besprechung kann nicht der sein, dich überreden zu wollen, liebe Genossin! Du wirst aus den Tatsachen selbst, wie sie der Krieg uns allen täglich zeigt, aus den Erscheinungen, die du auch bei uns in der Demokratie überall wahrnehmen kannst, wenn du mit offenen Augen, guten Ohren und einem warmen Herzen teilsnimmst an den Leiden und Sorgen deiner Mitbrüder und Mitschwestern, aus den Argumenten, die nun schon öfter in der "Vorkämpferin" zu dieser Frage gegeben wurden, selbst zu einem Entscheid kommen, der nicht nur für dich, sondern für unsere Partei, für das ganze Proletariat von größter Bichtigkeit ist.

Die Notlage der Arbeiterschaft.

An der bom Arbeiterinnensekretariat veranstalteten überaus gut besuchten Frauenkonferenz in Korsschach bom 29. April sand nach zwei einleitenden, gut vorbereiteten Reseraten von Genossinnen über die Bedeustung der Organisation und die Forderung: Gleiche Arbeit, gleicher Lohn, eine lebhaste Aussprache über die Notlage der Arbeiterschaft und deren Abhilse statt.

Die Gemeinderäte scheinen an den einzelnen Orten ganz verschiedene Meinungen über die Abgabe der billigen vom Bund den Kantonen und von diesen den Gemeinden zugeteilten Lebensmittel zu haben. In Herisau komme es vor, wurde berichtet, daß solche, die Wehrmannsunterstützung beziehen, die vollen Lebensmittelpreise bezahlen müssen. In Uzwil dagegen sind es gerade in erster Linie die Unterstützten, die zum Bezuge der billigen Lebensmittel berechtigt sind.

Eine Genossin aus Arbon erzählte: Da mein Mann frank und der älteste Sohn im Militär ist, habe ich ein Gesuch um Wehrsmannsunterstützung eingereicht. Für mich und mein Kind wurden die üblichen Fr. 2.70 festgesetzt. Die ersten vierzehn Tage erhielt ich den vollen Betrag, dann nur noch 2 Fr., weil ich haneben noch etwas verdiene. Denn, würde ich nicht dem Putzen und Waschen nachgehen, so müßten wir bei der schmalen Kost einsach verhungern. Es langt mit meiner Arbeit nicht einmal zum Mernotwendigsten.

Was aber geschah! Die Woche darauf erhielt ich den Staatssteuerzettel. Ich nicht faul, machte mich auf die Beine zum "arbeiterfreundlichen" Gemeinderat und erklärte ihm, die Steuer wäre ja schon bezahlt und dazu noch viel zu hoch. Wan hätte sie mir zum voraus von der Unterstützung abgezogen. Der Herr hatte es darauf eilig, mir den Steuerzettel ohne Bezahlung zu quittieren. Offenbar war es ihm in meiner Nähe etwas unheimelig geworden, denn am Wundwerk und am — nötigen Verstand fehlt es mir noch lange nicht.

Einer anderen anwesenden Genossin, die kränklich ist, wurden sür die Aussertigung eines schriftlichen Ausweises zur Bezugnahme von Grieß 2 Fr. Schreibgebühren verrechnet. Das Kilo Grieß, das man ihr abgab, kam so stat auf Fr. 144 auf Fr. 344 zu stehen. Sin teures "Mues".

Fr. 1.44 auf Fr. 3.44 zu stehen. Ein teures "Mues".

Wie die Ham stere i blüht und gelegentlich an den Tag kommt, erzählte ein Stickerfraueli aus Herisau. Auf der Suche nach Kartoffeln wurde auch dem Keller eines Vizehauptmanns ein Besuch abgestattet. Und siehe da, die vorsorgliche Frau Vizehauptmännin hatte einen ganzen Zentner eingesottene Butter dort unten am kühlen, dunklen Ort verwahrt. — Einer Weißnäherin verrieten geschwäßige Kundinnen: Uns drückt keine Not, wir haben uns gut versorgt mit Fett, Butter und Dauerwurstwaren. Eine der Herrendamen meinte: Das war auch notwendig. Denn ich brauche mindestens ½ Pfund Butter allein nur mittags sür das Essen. Die Arbeiterin, die Prosetariermutter, aber erhält für die ganze Woche kaum ein halbes Pfund Schmalz.

Tiefen Unwillen erregte die Zurückaltung der Milchabgabe vor dem 1. Mai, vor dem sechs- und siebenräppigen Preißaufschlag. Eine Arbeiterin klagte bitter darüber, daß sie für ihre Familie mit den sechs kleinen Kindern täglich nur 1½ Liter **Wi**lch erhalte.

Noch viele bewegliche Klagen wurden vorgebracht. Alle waren draftische Beispiele dafür, wie die Notlage der Arbeiterschaft von den Besitzenden, den Kapitalisten und Großbauern, ausgenützt wird zur privaten Bereicherung.

Wie dann die Rorschacher Genoffinnen von ihren immerhin noch bescheidenen Erfolgen der Selbsthilfe sprachen, leuchtete es in manchem Auge kampfesfroh auf. Die dort aus Männern und Frauen zusammengesetzte Rot= standskommission müht sich eifrig um die gemeind= liche Abgabe noch weiterer billiger Lebensmittel als nur Reis, Mais und Zucker. Bereits ift es gelungen, den Milchpreis um einen Rappen, von 33 auf 32, herabzusetzen. Ebenso wurde der Gaspreis um einen Rappen vermindert. Neben billigerer Milch und billigerem Brot werden von der Gemeinde Teigwaren, Gerfte, Haferflocken, Bohnen, Rastanien an die Notleidenden zu reduzierten Preisen abgegeben. Außerdem wurde eine Besserstellung der Arbeiter und Arbeiterinnen in der Militärschneiderei angestrebt. In Cingaben an die Bundesbehörden murden die Sungerlöhne nachgewiesen. In gleicher Weise wirkte das Arsbeiterinnensekkratariat. Alle diese Bemiihungen, fowie die Ronferen z bom 27. März in Bern bon Mitgliedern der schweizerischen Notstandskommission, des Arbeiterinnensekretariates und anderer Vertreter der Arbeiterschaft mit dem Industriedepartement führten zu teilweise recht nahmhaften Lohnerhöhungen.

Diese kleinen Erfolge aber müssen uns Arbeiterinnen anspornen zu noch kräftigerer Abwehr der Ausbeutungsgelüste der großen und kleinen modernen Raubritter, dieser kapitalistischen Wucherer- und Hamsterzunft.

M. H.

Frauenstimmrecht.

Das Aftionskomitee sozialdemokratischer Frauen des Kantons Bern hat in seiner Sitzung vom 11. Mai die Frage des Frauenstimmrechts behandelt. Obschon das Gemeindegesetz auf der Traktandenliste der Maisession des Großen Kates siguiert, ist es doch höchst unwahrschein-